Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德 華 日 報

Eingetragen als Zeitung auf dem Chines. Postamt.

中國特別准許政治報紙之立券

Motto: Ohne Rücksicht auf Parteien Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang | Tientsin, Mittwoch, den 8. Februar 1933 | Nummer 722

Der preussische Landtag aufgelöst

Das Urteil des Reichsgerichts durch Notverordnung aufgehoben. Neue Klage beim Reichsgericht.

Berlin, den 6. Februar (Transoocean A.). Eine politische Sensation erregte heute die Veröffentlichung einer neuen Notverordnung, die vom Reichspräsidenten gezeichnet und vom Vizekanzler v. Papen in Abwesenheit Hitlers, der zur Vorbereitung des Wahlfeldzuges nach München geflogen ist, gegengezeichnet worden ist.

In dieser Notverordnung wird erklärt, dass das Urteil des Leipziger Reichsgerichts zu den Ereignissen am 20. Juli eine Lage geschaffen habe, die dem Wohlergehen des Staates schädlich sei, und aus diesem Grund werden dem Reichskommissar für Preussen die Rechte übertragen, welche das Urteil des Gerichts der preussischen Regierung zugesprochen hatte.

Oberst v. Papen wird mit dem heutigen Tage, wo die Notverordnung in Kraft gesetzt wird, als Reichskommissar seines Amtes walten. Er wird den Posten des preussischen Erstministers übernehmen.

Unter diesen Umständen hat der bisherige Erstminister Otto Braun sich geweigert, an einer Sitzung des Landtages teilzunehmen und in einer amtlichen Erklärung begründet er sein Fernbleiben damit, dass er die neue Notverodnung als nicht im Einklang stehend mit Artikel 17 der Weimarer Verfassung und mit dem Urteil des Reichsgerichts ansehen könne.

Die beiden verbleibenden Mitglieder, v. Papen und Kerrl, beschlossen daraufhin, den Landtag aufzulösen, und Neuwahlen werden gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 5. März stattfinden.

Die preussische Regierung unternimmt Schritte, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen und hat beim Reichsgericht in Leipzig Klage erhoben.

Es heisst, dass der Klage durch ein vorläufiges Verbot stattgegeben wird, um einen provisorischen Aufschub zu erlangen.

Die Bayrische Regierung erklärt, dass sie noch heute Abend zu der neuen Notverordnung Stellung nehmen wird und ihre Besorgnisse äussern will. Andererseits wird offen zugegeben, dass Bayern im Augenblick nicht die Absicht habe, sich an die Gerichte zu wenden.

Autonome Bestrebungen in Bayern

Berlin, den 3. Februar (Transocean K.). Der bayrische Ministerpräsident hielt heute vor einer grossen Versammlung eine Rede und eröffnete damit den Wahlfeldzug in Bayern.

Er griff die Methoden der Hitler Regierung scharf an und verlangte, dass in der inneren Politik anstatt Intrigen Treu und Glauben herrschen müsse.

Weiter ging er auf die autonomem Rechte Bayerns ein und stellte in diesem Zusammenhang die Forderung auf, dass Bayern das Recht zugestanden werden soll, selber zu entscheiden, welche Regierungsform es in Zukunft wünsche.

Sozialdemokraten suchen die Unterstützung der Kommunisten

Köln, den 6. Februar (Transocean A.). Auf einer Massenversammlung, mit der die sozialdemokratische Partei den Wahlfeldzug hier eröffnet hat, erklärte Sollmann, einer der führenden Abgeordneten der Partei, dass es sehr gut sein würde, wenn Stalin seinen politischen Freunden in Deutschland empfehle, dass zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ein Nichtangriffspakt abgeschlossen werde, wie die Sowjet Union einen solchen mit Frankreich und Polen eingegangen sei. Er bedauerte es, dass die Kommunisten ihre Angriffe gegen die sozialdemokratischen Führer richten, und erklärte, dass der einzige Feind der Sozialdemokraten rechts stände.

Die Stellung des Zentrums.

Berlin, den 6. Februar (Transocean A.). Das Zentrumsorgan „Germania" berichtet, dass der Vollzugsausschuss der Partei eine ausserordentliche Sitzung abgehalten habe. Es ist beschlossen worden mit allen Mitteln das Reich vor einer Revolution zu bewahren, deren Folgen heute niemand vorhersagen könne.

Die Zentrumspartei wolle sich weder nach rechts noch nach links wenden. Ihr einziges Ziel sei, die Zusammenfassung aller Kräfte, die bereit sind, den Frieden der Nation wiederherzustellen.

Nervöse Börse, Stützungsaktion der Regierung

Berlin, den 6. Februar (Transocean A.). An der Börse herrschte auch heute wieder erhebliche Nervosität, und ganz besonders auf dem Markt in Staatspapieren. Die Preise fielen um 1 — 2 Punkte. Später erschienen die Finanzinstitute der Regierung als Käufer im Bonds-Markt, sodass die Verluste bald wieder wett gemacht werden konnten und in einigen Fällen sogar kleine Gewinne zu verzeichnen waren. Tägliches Geld notierte 4⅜ bis 5⅝.

Spionage Affaire in Oesterreich

Wien, den 6. Februar (Transocean A.). Hier ist ein grosser Spionage-Skandal aufgedeckt worden. Ein Telegraphist des Wehrministeriums ist verhaftet worden, da er beschuldigt wird, an eine ausländische Macht — es wird offen zugegeben, dass es sich um die Tschechoslowakei handelt — den Schlüssel zu einem geheimen Chiffrierverfahren des österreichischen Kriegsministeriums verkauft hat. Im Zusammenhang hiermit sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

Die spanische Regierung

Madrid, den 6. Februar (Transocean A.). Man ist hier der Ansicht, dass die Azana Regierung mit Hilfe der Sozialisten vorläufig im Amt bleiben wird.

Welche Aussichten sich den Gegnern der Regierung bieten, werden die Neuwahlen zeigen, die wahrscheinlich im April abgehalten werden.

Bei den nächsten Wahlen sind zum ersten Mal die Frauen stimmberechtigt, und da es in Spanien mehr Frauen als Männer gibt, ist es möglich, dass in der Zusammensetzung des Parlaments grosse Veränderungen erfolgen.

Rettung der Albatros Besatzung

Archangelsk, den 6. Februar (Transocean A.) Zwanzig Mitglieder der Besatzung des Eisbrechers „Albatros", der wochenlang im Eis festlag, sind jetzt gerettet worden. Flugzeuge sind aufgestiegen, um sie aufzunehmen.

Arbeitslosigkeit in England

London, den 7. Februar (Havas). Nach der soeben vom Arbeitsministerium veröffentlichten Statistik hatte England am 23. Januar 2 903 000 Arbeitslose. Im Vergleich zum 19. Dezember bedeutet das eine Zunahme von etwa 180 000.

Weitere Meutereien von der holländischen Flotte.

Amsterdam, den 5. Februar (Transocean A.). Das Kolonialamt meldet von weiteren Meutereien auf holländischen Kriegsschiffen in ostindischen Gewässern. Auf dem holländischen Kreuzer „De Zeven Provincien," welcher an der Nordküste von Sumatra stationiert war, sind Unruhen ausgebrochen. Die eingeborenen Matrosen haben sich mit Revolvern und Bajonetten bewaffnet die sie sich während der vorübergehenden Abwesenheit des Kommandanten und einiger Offiziere angeeignet haben. 9 Offiziere haben sie gefangengesetzt und unter Drohungen gezwungen, das Schiff in See zu steuern, wo es sich jetzt noch unter der Kontrolle der Meuterer befindet. Angeblich soll es Südkurs haben.

Das Kriegsschiff „Aldebaran" mit dem Kommandanten und einigen Offizieren von dem Kreuzer „De Zeven Provincien" an Bord ist zur Verfolgung ausgelaufen.

Batavia, den 7. Januar (Reuter). Der niederländische Kreuzer „De Zeven Provincien", auf dem die Meuterer die Macht an sich gerissen haben, wird von regierungstreuen Schiffen der Marine gejagt.

An der Jagd beteiligen sich zwei Unterseeboote, ein Minenleger, zwei Schnellboote und zwei Regierungsdampfer.

Inzwischen versuchen die Meuterer, mit den Behörden zu einer Verständigung zu kommen. Sie haben an den Führer der Verfolgungsstreitkräfte zwei drahtlose Telegramme abgesandt, in denen sie das Angebot machen, sich zu ergeben, wenn man ihnen freien Abzug gewährt. Sie garantieren die Sicherheit ihrer europäischen Gefangenen und erklären, dass das ganze Abenteuer nur eine Art Protest gegen die Kürzung des Soldes sei.

Amsterdam, den 6. Februar (Transocean A.). Nach den letzten aus Batavia eingegangenen Meldungen kreisen drei Flugzeuge über der „De Zeven Provincien und drohen Bomben abzuwerfen, falls der Kreuzer den vorgeschriebenen Kurs nicht einhält.

Wandern die Japaner nach der Mandschurei aus?

Das Flugzeug hat das koreanische Festland verlassen. Aus Meer und Nebel steigt endlich die erste japanische Insel. Kampf zwischen Wasser und Land, in dem das Land durch Felsenriffe, Vorposten gleich, der See Raum abzugewinnen sucht. In diesem Streite ist die Erde steinig und bergig geworden. Eng zwischen waldige Steilhänge gedrängt liegen schmale Täler, durchzogen von Tausenden von Kanälen, die die einzelnen Reisfelder begrenzen. Die strohbedachten Hütten folgen den Landstrassen in ununterbrochener Reihe. Dorf mit Dorf verbindend. Kaum übersteigt die Zahl der Felder diejenigen der Wohnstätten. Einer jeden Familie steht ein Grundstück zu, das die Grösse eines Gartens besitzt. Von der Ernte eines Gartens muss die vielköpfige Familie leben. In die Bergwälder hinauf klettern noch mühsam die hellgrünen Reisfelder, um Ackerland dem Bergland abzutrotzen, das sich zackig, unwirtlich, wie ein stürmisches Meer bis zur See hindehnt. Vor zehn Stunden war der Schatten eines Flugzeuges noch über die mandschurische Ebene geglitten, auf der bis zur flachen Horizontlinie hin sich in reifem Goldbraun die Getreidefelder dehnten. Einsam standen inmitten der Saat einige befestigte Höfe.

Immer wieder blickten die japanische Politiker, die sich mit dem

Problem der Uebervölkerung Japans

beschäftigen mussten, auf diese ungeheuren, fruchtbaren, schwachbesiedelten Ebenen der Mandschurei. Die Gewinnung neuen urbaren Bodens, die Verbesserung der Ausnutzung der alten Anbaufläche, alle diese Massregeln zur Behebung des Landmangels schufen nur langsam Abhilfe — zu langsam bei den unaufhaltsam steigenden Ziffern der jährlichen Bevölkerungszunahme. Immer mehr setzte sich in einflussreichen Kreisen der öffentlichen Meinung der Gedanke fest, dass einzig eine japanische Auswanderung nach der Mandschurei die Schwierigkeiten beheben könnte. Aber während sich dieser Gedanke Politikern immer verlockender darstellte, blieb er unpopulär bei dem Bevölkerungsteil selbst, der nach der Mandschurei auswandern sollte; bei dem armen Bauern. Wohl verwandte

die Südmandschurische Eisenbahn,

das Werkzeug der japanischen Politik in der Mandschurei, beträchtliche Summen zur Unterstützung von Ansiedlungs versuchen japanischer Bauern. Die Versuche schlugen fehl. Der japanische Bauer konnte sich nicht umstellen. Er vermochte nicht seine Lebensweise den sibirischen Wintern des neuen Landes anzupassen. Er war auch zu sentimental. Dieser Bauer, der trotz aller Armut seinen kleinen Garten pflegte, in dem er Hügel und Bäume der Landschaft im kleinen bewunderte, fürchtete sich vor dem unendlichen Horizont der mandschurischen Ebene. Erhatte Heimweh. Und er hatte noch gegen eine andere Macht zu kämpfen: die Konkurrenzfähigkeit des chinesischen Bauern, Einwanderer wie der Japaner, aber tiermässig bedürfnislos. Der Chinese beanspruchte nicht jeden Abend sein heisses Vollbad, und es kommt ihm nicht darauf an, ob die Sonne hinter Hügeln oder hinter einer Ebene untergeht, wenn er nur seinen Lebensunterhalt verdienen kann.

In den letzten Jahren war in Japan wenig mehr von einer japanischen Massenansiedlung in der Mandschurei gesprochen worden. Widerstrebend mussten die Politiker einsehen, dass sich der japanische Bauer nicht zum Kolonisten in der Mandschurei eignete. Die zweihunderttausend Japaner, die in der Mandschurei lebten, waren neben einigen Kaufleuten hauptsächlich Angestellte japanischer Unternehmungen: der von Japanern verwalteten Bahnen, der von Japanern geleiteten Fabriken und Bergwerken, der von Filialen japanischer Warenhäuser. Japan schien es aufgegeben zu haben, die Mandschurei mit Japanern besiedeln zu wollen.

Da entstand in dem sich überstürzenden Ablauf der Ereignisse unter massgebendem japanischen Einfluss in der Mandschurei

ein von China unabhängiger Staat.

Gleichzeitig erwachte wieder in Tokio der Gedanke an eine japanische Auswanderung nach der Mandschurei. Man erinnerte sich wieder, dass die Mandschurei mit ihrer heutigen Bevölkerung von ungefähr 33 Millionen, in Zukunft befähigt sein wird, bis zu 75 Millionen Menschen zu ernähren. Freunde des Inselvolkes führten zur Verteidigung des japanischen Vorgehens das Recht der Japaner, dieses Volkes ohne Raum, auf die dünnbevölkerte Mandschurei an.